

Wenn
zwei
sich
streiten...



...freut
sich der
Brite

"Alle Menschen lassen sich einige Zeit irreführen und einige Menschen alle Zeit, aber es ist nicht möglich, alle Menschen alle Zeit irrezuführen." Abraham Lincoln

Lassen Sie sich nicht erneut irreführen:
Wählen Sie am 26. Februar
Karsten Werner



„Gibt es noch Helden in der Heldenstadt?“

Gibt es noch Helden in der Heldenstadt?

Liebe Wähler!

Bei der zweiten Runde der Wahl zum Oberbürgermeister von Leipzig steht mehr auf dem Spiel, als Sie vielleicht glauben. Eigentlich stehen mit mir, Karsten Werner, ja vier Kandidaten zur Verfügung; die *Leipziger Volkszeitung* nennt aber in penetranter Weise nur drei davon und klammert meine Kandidatur damit aus. Und auch schon im zurückliegenden Wahlkampf gab es Absprachen bei den Medien und anderen Parteien, mich von fast allen Podiumsveranstaltungen und der normalen Berichterstattung auszuschließen. Das ist nicht nur unfair mir gegenüber, sondern auch undemokratisch und darüber hinaus eine Zensur unerwünschter politischer Ideen wie zu allerbesten DDR-Zeiten! In den Worten von Herrn Rehbein: „Gut finde ich übrigens auch, daß die *dpa* schonmal Herrn Werner (BüSo) ausgeklammert hat.“ Joseph Goebbels wäre stolz auf ihn gewesen.

Aber was ist es denn, was denen an meinem Wahlprogramm nicht gefällt?

Fakt ist, daß ich der einzige Kandidat bin, der der Sparpolitik eine klare Absage erteilt und statt dessen ein Programm zur Reindustrialisierung Leipzigs vorgelegt habe; warum soll Ihnen, den Wählern vorenthalten werden, daß es diese Alternative gibt?

Aber das ist nicht mal der entscheidende Grund, es geht noch um sehr viel mehr.

Denn nur wir hatten in unserer Wahlbroschüre von Mitte Januar gewarnt, daß der politische Kampf in den U.S.A. entscheiden wird, „ob die Neocons der Cheney-Bush-Administration die Welt mit einem Luftkrieg gegen den Iran in

Hoffnung für die Heldenstadt

50.000

Arbeitsplätze durch neue Industrie



... mit **Karsten Werner**

Bürgerrechtsbewegung
Solidarität
(0341) 230 58 48
www.bueso.de/sachsen

BüSo

die Katastrophe stürzen werden.“ Denn anders als beim Irakkrieg bestünde bei Luftschlägen gegen den Iran, einschließlich des Einsatzes sogenannter „Mini-Nukes“, die Gefahr der Eskalation zu einem globalen asymmetrischen Krieg.

Jetzt hat sich die Lage bereits dramatisch zugespitzt. Plötzlich kursieren Berichte, daß der Iran nur deshalb den vollen Nuklearzyklus anstrebe, um Atomwaffen produzieren zu können, und daß diese Waffen vielleicht schon in kurzer Zeit zur Verfügung stünden. Beim Treffen der Außenminister der fünf permanenten Mitglieder des UN-Sicherheitsrates am 30. Januar 2006 im Privathaus des britischen Außenministers Jack Straw wurde beschlossen,

Öffentlichkeit und beschuldigte die Bush-Administration, nur bestimmte Geheimdienstinformationen herausgepickt zu haben, um den längst gefaßten Entschluß zu einem Krieg gegen den Irak zu rechtfertigen.

Aber das ist nicht der einzige Ärger, den die Neocons jetzt haben. Gerade hat der ehemalige Stabschef des Vizepräsidenten Cheney, Lewis Libby, seinen ehemaligen Boss beschuldigt, ihm den Auftrag erteilt zu haben, geheime Informationen an die Medien zu geben – als Teil einer Kampagne, um Kritiker der Iraklügen, wie den ehemaligen Botschafter Joe Wilson, fertigmachen. Und darauf steht Gefängnis. Schon jetzt mehren sich die Stimmen im Kongreß und Senat, die ein Amtsenthebungsver-

Bitte gehen Sie am 26. Februar zur Wahl und wählen Sie den OB-Kandidaten der BüSo, Karsten Werner!

den UN-Sicherheitsrat über den Iran-Fall „zu unterrichten“ und ihn im März zu „übergeben“.

Aber alle Beteiligten wissen: so lief es auch beim Irakkrieg. Als die Sache erst einmal im UN-Sicherheitsrat war, kam es zur Abstimmung, in der Rußland und China sich enthielten, und dann beschlossen die USA und Großbritannien eben „unilateral“ mit einer „Koalition der Willigen“ vorzugehen. Und was ist jetzt von Saddam Husseins angeblichen Massenvernichtungswaffen übriggeblieben? Alles war auf Lügen aufgebaut! Gerade jetzt trat der ehemalige CIA-Verantwortliche für den Nahen Osten und Südasien, Paul R. Pillar, an die

fahren gegen Bush und Cheney verlangen.

Der Führer der Opposition gegen Bush und Cheney in den USA, der demokratische Staatsmann und Wirtschaftswissenschaftler Lyndon LaRouche, hat gewarnt, daß Militärschläge gegen den Iran oder Syrien wegen ihrer Folgewirkungen, z.B. einer Explosion des Ölpreises auf 200 oder 300 Dollar, zu einem vollständigen Kollaps des Weltfinanzsystems führen würde. Aber dieses Weltfinanzsystem ist ohnehin schon in der Endphase seines systemischen Zusammenbruchs. Ein Krieg gegen den Iran und die folgende Explosion des globalen Finanzsystems soll – das ist die Absicht der Neocons – den Vorwand liefern, auf der ganzen Welt diktatorische Notstandsmaßnahmen zu verhängen. Und genau das meinen Cheney und Co., wenn sie davon sprechen, daß der Präsident angeblich über dem Gesetz stehe und man das Führerprinzip (auf amerikanisch: „unitary executive“) wieder einführen müsse.

Was hat das alles mit Leipzig zu tun? Sehr einfach: von diesem Kampf in den USA hängt es ab, ob wir uns bald in einem asymmetrischen globalen Krieg, wirtschaftlichem Chaos und einer imperialen Diktatur befinden, oder ob die Neocons aus dem Amt vertrieben werden können. Die BüSo ist die einzige Partei, die eine positive Beziehung zu der Opposition gegen die Bush-Administration hat, denn unsere Vorsitzende, Helga Zepp-LaRouche, ist mit Lyndon LaRouche verheiratet und repräsentiert deshalb eine neue atlantische Allianz mit dem wirklichen Amerika.

Es gibt nur eine einzige Chance für Leipzig und für Deutschland: wenn Lyndon LaRouche eine überparteiliche Koalition von Demokraten und traditionellen Republikanern (also nicht Neocons) für eine andere Wirtschaftspolitik zusammenbringen kann. Wenn von den USA aus eine Wirtschaftspolitik in der Tradition von FDR und seinem *New Deal* gemacht wird, dann können wir in Deutschland das gleiche tun und durch staatliche Kreditschöpfung wieder produktive Vollbeschäftigung erreichen. Dann, und nur dann, kann Leipzig wieder reindustrialisiert werden.

Als Ihr OB würde ich folgendes tun:

- Ich würde einen Aufruf an die Bundesregierung richten für ein Sofortpaket von 400 Milliarden D-Mark an staatlichen Investitionen jährlich, da die im Stabilitätsgesetz (1967) vorausgesetzte „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ zweifellos gegeben ist. Das bedeutet natürlich einen Bruch mit den Maastrichter Verträgen und dem Teuro, und statt dessen die Rückkehr zur eigenen Währung, der D-Mark. Der geschaffene Kredit wird nur für den produktiven Sektor verwendet, um brachliegende Kapazitäten zu reaktivieren und neue zu schaffen.
- Damit würden 10 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, die Sparmaßnahmen wie Hartz IV unnötig machen. Dies alles ist Teil der international diskutierten „neuen gerechten Weltwirtschaftsordnung“.
- Leipzig sollten wir reindustrialisieren und unserem Ruf als Messestadt nachkommen, indem wir die neuesten technologischen Erfindungen nicht nur ausstellen, sondern auch in Form neuer Industrien in Leipzig ansiedeln. Wichtig ist dabei die Wiederbelebung des Buchdrucks und des Maschinenbaus, weil damit die derzeit arbeitslosen, aber qualifizierten Arbeitskräfte wieder in die Vollbeschäftigung gebracht würden.
- Sofortige Stilllegung der Strombörse (EEX) und anderer räuberischer Aktivitäten wie Privatisierung öffentlicher Güter und des Verkaufs von „Tafelsilber“!
- Leibnizens Konzept einer „Wissenschaft der Glückseligkeit“ muß der Grundstein für die seit langem überfällige kulturelle Renaissance sein!

Erinnern Sie sich noch an die Ereignisse im Herbst 1989? Die Realität ist, daß das globale Weltfinanzsystem heute genau so bankrott ist, wie es die DDR damals gewesen ist. Uns Leipzigern fällt es nicht schwer, uns vorzustellen, daß Systeme untergehen können, anders als z.B. solchen Wessis wie offensichtlich Bernd Hilder von der LVZ. Die Frage bleibt, ob er es nicht versteht – dann ist er als Chefredakteur unfähig – oder ob seine Auftraggeber, die ihn angewiesen haben, meine Kampagne zu boykottieren, vielleicht in den Kreisen der Neocons in Washington oder deren Vertretern in Leipzig zu suchen sind?

Liebe Leipziger!

Ich weiß aus dem Wahlkampf, wie verzweifelt viele von Ihnen über die Zukunft, oder eigentlich schon die Gegenwart, sind. Zwei Drittel (!) von Ihnen sind gar nicht erst zur Wahl gegangen. Ich bitte Sie, es diesmal doch zu tun und mir Ihre Stimme zu geben. Denn ich repräsentiere die einzige internationale Kraft, von der eine Lösung kommen kann. Gemeinsam können wir Leipzig wieder zur Helldenstadt machen!

Ihr Karsten Werner

**Internetforum mit Lyndon LaRouche am
23. Februar, 19 Uhr auf www.larouchepac.com !**

BüSo und LaRouche-Jugendbewegung warnten bereits im September 2005 während der Bundestagswahl vor Cheney's Irankrieg, hier vor dem Leipziger Arbeitsamt.



Britisches Empire arbeitet mit den alten Tricks!

Irankrise

Einsatz von Atomwaffen gegen Iran würde zum globalen asymmetrischen Krieg führen!

Wenn die dramatisch zugespitzte Krise um den Iran nicht umgehend überwunden wird, könnte es schon innerhalb weniger Wochen zu einem Militärschlag der Bush-Administration oder Israels gegen den Iran kommen. Aber der Iran ist nicht der Irak. Es wäre mit massiven Gegenschlägen zu rechnen. Der Konflikt hätte das Potential, zu einer strategischen Katastrophe und einem Zusammenbruch des Weltfinanzsystems zu führen.

Noch läßt sich diese Entwicklung aufhalten – noch ist es möglich, eine diplomatische Lösung zu finden. Aber nur wenn man versteht, daß diese Krise aus ganz anderen Gründen als den vordergründigen geschürt wird. Die Krise um das Nuklearprogramm des Iran ist manipuliert, aber auch die Eskalation der Gewalt nach der Veröffentlichung der den Propheten Mohammed verunglimpfenden Karikaturen wird bewußt inszeniert.

Und bevor nun einige blockierte Zeitgenossen erregt aufschreien und uns beschuldigen, Verschwörungstheorien zu verbreiten, erinnern wir uns lieber daran, wie es zum Irakkrieg gekommen ist. Wie heute der Präsident des Iran Achmadinedschad, so wurde 2002 Saddam Hussein als das große Monster dargestellt, angeblich mit Massenvernichtungswaffen, die innerhalb von 45

Minuten die ganze Welt treffen können, mit direkten Verbindungen zu Al Qaida usw. Und heute? Der Irakkrieg ist laut General Odom (dem ehemaligen Chef des Geheimdienstes NSA) zum „größten strategischen Desaster“ in der Geschichte der USA geworden. Der amerikanische Kongreß untersucht die Lügen, die von Parallelstrukturen der

**Von Helga Zepp-LaRouche,
Bundesvorsitzende der BüSo**

Neocons in Umlauf gesetzt wurden, um die Zustimmung des Kongresses und der internationalen Gemeinschaft zum Irakkrieg zu erlangen. Im Kongreß laufen sogar schon Untersuchungen über ein mögliches Amtsenthebungsverfahren gegen Bush und Cheney.

**Das Abendessen
beim britischen Außenminister**

Wenn wir vom „britischen Empire“ reden, meinen wir nicht das Territorium Großbritanniens, sondern die Kontinuität der internationalen Finanzkräfte, die ihren Hauptsitz in der Londoner City haben. Die Rolle der britischen Regierung ist dennoch keines-

wegs verborgen: Am 30. Januar gab der britische Außenminister Jack Straw in seinem Privathaus ein Abendessen für die vier Außenminister der anderen Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates. Straw wußte – ganz in der Tradition des anglo-französischen Sykes-Picot-Vertrages handelnd –, daß Rußland und China gegen eine Übergabe der Iranfrage von der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) an den UN-Sicherheitsrat sind, weil das der Weg war, auf dem die USA und Großbritannien beim Irakkrieg zu ihrer „unilateralen“ Entscheidung und zur „Koalition der Willigen“ gekommen waren. Straw schlug die Übergabe an den Rat vor, US-Außenministerin Condoleezza Rice drängte auf eine sofortige Übergabe, und Straw schlug dann als „Kompromiß“ vor, den UN-Sicherheitsrat jetzt nur „zu informieren“ und ihm den Fall erst nach dem offiziellen Bericht der IAEA „zu übergeben“. Rußland und China ließen sich überumpeln und stimmten dieser Formulierung zu.

Das Wort „UN-Sicherheitsrat“ reichte hin, daß Teheran von Präsident Putins Vorschlag, das iranische Uran auf russischem Territorium anreichern zu lassen, wieder abrückte. Da der iranische Präsident, seinerseits eine Figur auf dem britischen

Schachbrett, schon zuvor aus innenpolitischen Gründen zur Vertilgung Israels von der Landkarte aufgerufen hatte, bot dies wiederum für Bush und Cheney den Anlaß, noch einmal die „militärische Option“ gegen den Iran zu beschwören.

George Shultz und die Karikaturen

Gleichzeitig wurde der Konflikt um die den Propheten Mohammed verunglimpfenden Karikaturen durch deren Veröffentlichung in weiteren Ländern hochgekocht, gewissermaßen als dramatische Kulisse für den kommenden Militärschlag gegen den Iran.

Unter Islamexperten ist unbestritten, daß die ursprüngliche Publikation der Karikaturen in der dänischen Zeitung *Jyllands-Posten* eine bewußte Provokation war, die genau den Zweck hatte, diesen „Krieg der Kulturen“ loszutreten. Und wer sitzt im Vorstand der von *Jyllands-Posten* unterstützten Denkfabrik CEPOS? Kein anderer als George Shultz, ehemaliger US-Außenminister und Graue Eminenz der Neocons – der Mentor von Cheney, Rumsfeld und Rice.

Die aufflammende Gewalt gegen europäische Botschaften im Nahen Osten wiederum war das Werk weniger hundert Leute. Nichts ist leichter, als religiösen Fundamentalisten ein passendes „rotes Tuch“ hinzuhalten, und man muß sich nur der Operationen des britischen Arabien-Büros, des Glub Pascha und des Sykes-Picot-Vertrages zu erinnern, um zu verstehen, wie die Gewalt inszeniert wird. Zu den Manipulierten gehört auch die iranische Regierung, die glaubt, begrenzte Militärschläge zur Stärkung ihrer innenpolitischen Position nutzen zu können. Aus ähnlichen Illusionen sind schon oft große Kriege entstanden.

Gleichzeitig tauchte bei der Münchener Sicherheitskonferenz (Wehrkundetagung) die gleiche Riege der „üblichen Verdächtigen“ auf wie 2002 vor dem Irakkrieg – Rumsfeld, McCain und Lieberman –, und sie schwangen die gleichen bellikosen Reden gegen den Iran wie damals gegen den Irak. Mit dem einzigen Unterschied, daß jetzt nicht mehr Schröder Kanzler ist, sondern daß Kanzlerin Merkel ihr Bestes tat, um zu beweisen, daß sie das Verhältnis zur Bush-Administration als Priorität betrachtet.

Die Folgen eines Angriffs auf den Iran

Das Schachbrett ist für die große Katastrophe vorbereitet. Es braucht jetzt nur noch ein Auslöser hinzuzukommen – z.B. ein Terroranschlag mit „islamischer“ Handschrift oder auch „nur“ die Entscheidung Tehe-

rans, an einer neuen iranischen Energiebörse Öl und Gas nicht mehr in Dollars, sondern anderen Währungen zu handeln –, und es kann sehr kurzfristig zu Militärschlägen gegen den Iran kommen. Der Iran würde zurückschlagen gegen US- und NATO-Truppen im Irak, Afghanistan, der Türkei, gegen Israel, und Israel würde seinerseits Schläge gegen den Iran führen; der Einsatz von Atomwaffen wäre eher wahrscheinlich. Es wäre der Beginn eines asymmetrischen weltweiten Krieges.

Ein Militärschlag gegen den Iran würde nicht nur die deutsche Exportwirtschaft dramatisch treffen, wie einige Zeitungen bemerken, sondern zu einem Kollaps des Dollars und damit des Weltfinanzsystems führen. Es käme automatisch zu Notverordnungen und Polizeistaatsmaßnahmen. Die Masse der Bevölkerung wären die Opfer. Die Megakartelle und Hedgefonds, die jetzt bereits den Rohstoff- und Energiemarkt dominieren, würden ihre Kontrolle festigen. Der souveräne Nationalstaat, der normalerweise das Gemeinwohl verteidigen könnte, wäre unter dem Vorzeichen der Notstandsmaßnahmen ausgeschaltet: die Globalisierung im Namen des „Kriegs gegen den Terrorismus“ wäre perfekt.

Schon seit einiger Zeit ist klar, daß das Weltfinanzsystem unrettbar in die Endphase seines Zusammenbruchs eingetreten ist. Ist es weit hergeholt, daß die Dirigenten dieser inszenierten Krise das wissen und daß sie in einem künstlich gesteuerten Zusammenbruch die einzige Möglichkeit sehen, die Kontrolle zu behalten?

Aufhören, Schachfigur zu sein!

Die Menschheit steht potentiell vor einer größeren Katastrophe, als es der Erste und der Zweite Weltkrieg waren, und noch ist es nicht zu spät, eine diplomatische Lösung zu finden, wie sie z.B. Präsident Putin für das zivile Nuklearprogramm des Iran vorgeschlagen hat. Aber alle Beteiligten – sozusagen alle Figuren auf dem Schachbrett – müssen aufhören, nur blindlings auf der Ebene ihrer gefühlsmäßig wahrgenommenen Selbstinteressen zu reagieren. Denn so sind sie manipuliert und manipulierbar.

Im nachhinein können die Historiker meist die Komplexität der Ereignisse erforschen, die in eine Katastrophe hineinführten. Bei der Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs etwa sind über zwei Jahrzehnte diplomatischer und geheimdienstlicher Manipulation zu beachten, bei denen das britische Empire, das seine geopolitischen Interessen gefährdet sah, die wichtigste Rolle spielte. Im Falle des Irakkriegs ist die Rolle der geheimdienstlichen Manipulation

durch den britischen Dienst MI-6 und das Büro für Sonderplanung (Office of Special Plans) im Pentagon jetzt Gegenstand von Untersuchungen im US-Kongreß, und der frühere Außenminister Colin Powell nennt seine Rede vor der UN am 5. Februar 2003 seine „schwärzeste Stunde“, weil er auf diese Manipulationen hereingefallen ist.

Machen wir also nicht den Fehler, jetzt nach allzu einfachen, vordergründigen Erklärungen für die Irankrise zu suchen. Es darf keine militärische Option geben. Die Diplomatie muß eine Lösung finden.

Eine endgültige Lösung kann es aber nur geben, wenn der wirkliche Grund für diese Eskalation behoben wird, und das ist die systemische Krise des Finanzsystems. Die Welt wird nur sicher sein, wenn von den USA aus eine neue Finanzarchitektur, ein neues Bretton-Woods-System in der Tradition von Franklin Roosevelt auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Nur wenn wir eine neue, gerechte Weltwirtschaftsordnung errichten, die mit allen Formen des Imperialismus und Kolonialismus aufhört, wie dies Roosevelts Absicht am Ende des Zweiten Weltkrieges war, kann es dauerhaften Frieden geben.

Dafür sollten wir mit dem wahren Amerika, dem Amerika von Benjamin Franklin, Alexander Hamilton, John Quincy Adams, Abraham Lincoln, Franklin Roosevelt und Martin Luther King, das heute von Lyndon LaRouche vertreten wird, eine neue atlantische Allianz aufbauen.



Rufen Sie uns an:

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Mainz: 06131/23 73 84

LANDESVERBÄNDE

NRW: 0211-733 78 62

Bayern: 089-725 40 11

Hamburg: 0171-8384092

Baden-Württemberg: 0711-6773726

Niedersachsen: 0511-86 83 27

Sachsen:

Dresden 0351-4278140

Leipzig 0341-2305848

Berlin: 030-802 34 05

Helfen Sie, dieses Flugblatt zu verbreiten!

Rufen Sie uns an!

Iran-Konfrontation:

Zünder einer globalen Währungsbombe

Lyndon LaRouche wandte sich am 3. Februar mit einer nachdrücklichen Warnung an alle, die auf eine baldige militärische Auseinandersetzung mit dem Iran drängen, bei der es wahrscheinlich auch zum „vorbeugenden“ Einsatz von Kernwaffen käme.

LaRouche betonte: „Eine Konfrontation mit dem Iran oder selbst ein begrenzter Militärschlag gegen Syrien wäre nur der ‚Zünder‘. Die ‚Bombe‘, die dadurch gezündet würde, ist die Zerstörung des ganzen Weltfinanz- und Währungssystems.“

Etliche der Provokateure in der Regierung Bush unter der Führung von Vizepräsident Dick Cheney, so LaRouche, hätten keine Ahnung von der „Währungsbombe“, die sie zünden würden. „Bei den um London gruppierten Synarchisten, die diese Kraftprobe inszenieren, findet man solche Naivität dagegen nicht.“ Diese synarchistischen Kreise gehörten schon seit der Zeit des Sykes-Picot-Abkommens 1916 und der britischen Unterstützung der Moslem-Bruderschaft ab den 20er Jahren zu den „Strippenziehern“ hinter gewissen islamischen Extremisten – auch im Iran.

Die drohende Konfrontation wäre „noch schlimmer als der Erste Weltkrieg, weil das Weltfinanz- und Währungssystem schon zerfällt und jede neue militärische Konfrontation in den Ölregionen der Welt – insbesondere wenn dabei ein präventiver Einsatz von Kernwaffen möglich wird – weltweit asymmetrischen Krieg, Chaos und ein neues finsternes Zeitalter auslösen würde. Die Narren in Washington, wie sie Vizepräsident Cheney verkörpert, haben keine Ahnung, was sie dabei sind auszulösen. Sie folgen nur blind den Anweisungen von Synarchisten wie George Shultz.“

LaRouche weiter: „Die Handlungen von Cheney und Co., die sich für eine militärische Kraftprobe mit dem Iran stark machen, können die Vereinigten Staaten als souveräne Republik zerstören. So wie auch ihre jüngsten Machenschaften im Zusammenhang mit der Berufung von Samuel Alito an den Obersten Gerichtshof der USA einen großen Schritt dahin bedeuten, die Verfassung

der Vereinigten Staaten außer Kraft zu setzen. Solche Taten grenzen an Verrat.“

LaRouche betonte, die synarchistischen Finanzkreise in London folgten einem alten venezianischen *modus operandi*: der gezielten Inszenierung von Konflikten. „In der Geschichte des britischen Empire, das mit der Manipulierung des Siebenjährigen Krieges (1756-63) entstand, benutzte London stets die venezianische Methode, in ganz Eurasien Kriege zu steuern, um das britische Empire vor Herausforderungen durch kontinentale Rivalen zu schützen. Wenn Sie die Geschichte studieren, werden Sie ein immer wiederkehrendes Muster erkennen: den Siebenjährigen Krieg, die von der britischen Ostindiengesellschaft manipulierte Französische Revolution, die Napoleonischen Kriege, den Krimkrieg, den britisch manipulierten Amerikanischen Bürgerkrieg, die von den Briten unterstützte französische Invasion Mexikos, dann den Ersten und Zweiten Weltkrieg, den von Winston Churchill manipulierten Kalte Krieg und den Indochinakrieg. Die Briten zetteln Kriege an, indem sie zwei Parteien anstiften, gegeneinander Krieg zu führen.“

Manchmal, so LaRouche weiter, „wie im Falle des Ersten und Zweiten Weltkriegs, beteiligen sich die Briten direkt und erleiden dabei schwere Verluste; aber das ist der Preis, den sie dafür bezahlen, daß sie ihre Rivalen und andere in Wellen ruinöser Konflikte manipulieren, aus denen die in London konzentrierten imperialen Finanziere früher oder später als Gewinner hervorgehen.“

LaRouche schloß: „Derzeit wissen die Londoner und anderen Finanzkreise, daß sie, wenn das gegenwärtige Finanz- und Währungssystem infolge einer neuen Konfrontation am Persischen Golf einbricht, über ihre Hedgefonds-Operationen in den Offshorezentren einen großen Teil der Rohstoffe der Welt beherrschen... [Sie würden] den Besitz der Rohstoffe und produktiven Kapazitäten des Planeten beanspruchen, und wir würden eine Total-Globalisierung, eine synarchistische Weltdiktatur erleben.“

Neuaufgabe des „Großen Spiels“

Am 4. Februar stimmte der Rat der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) mit 27:3 Stimmen bei fünf Enthaltungen dafür, dem UN-Sicherheitsrat über das Nuklearprogramm des Irans „Bericht zu erstatten“. Die Blockfreieibewegung versuchte noch, die IAEA-Abstimmung in letzter Minute zu verhindern, doch das wurde durch einen von der britischen Regierung vorgeschlagenen „Kompromiß“ vereitelt.

Der Iran hatte zuvor angekündigt, im Falle einer Überweisung an den UN-Sicherheitsrat sein Programm zur nuklearen Wiederaufbereitung in vollem Umfang wieder aufzunehmen. Das Programm wurde während der beiden Verhandlungsjahre mit der „EU-Troika“ stillgelegt und am 10. Januar teilweise wieder aufgenommen, was den Vorwand für die gegenwärtige Konfrontation lieferte.

Die iranische Regierung trug zur Eskalation bei und widerrief ihre Unterstützung für den Vorschlag der russischen Regierung, gemeinsam auf russischem Boden angereicherten Brennstoff für iranische Kernkraftwerke zu produzieren, womit sichergestellt wäre, daß der Iran kein waffenfähiges Material für den Bau einer Atombombe erhält. Der Sekretär des iranischen Sicherheitsrats, Ali Laridschani, hatte Ende Januar Moskau besucht und dort Unterstützung für den Vorschlag signalisiert, doch dies wurde nach seiner Rückkehr nach Teheran abrupt zurückgenommen. Hinzu kam, daß der Iran sich in den Streit zwischen Rußland und Georgien über die Öl- und Gaslieferungen einmischte und bereiterklärte, Georgiens Energieversorgung sicherzustellen, was der russische Präsident als Affront ansehen mußte.

Dieses Vorgehen der iranischen Führung um Großajatollah Chamenei und Präsident Ahmadinedschad belegt, daß sie sich wie die von Shultz gelenkten Kreise in Washington als Schachfiguren im Großen Spiel britischer Synarchisten benutzen lassen. Um zu verstehen, wie solche venezianischen Intrigen von Lon-

don aus ablaufen, muß man die Geschichte kennen (siehe dazu den Artikel auf Seite 8-9). Früher steuerte das berüchtigte Arabienbüro des Londoner Außenamtes über britische „Berater“ und Prokonsule vor Ort islamische Herrscher und ihre radikalen Gegenspieler, heute wird ein Großteil der Krise mit Hilfe psychologischer Profile der Schlüsselpersonen und -institutionen auf allen Seiten gelenkt.

Bei der nächsten Sitzung des IAEA-Rates am 6. März wird IAEA-Direktor Mohammed El Baradei seinen Bericht über das iranische Atomprogramm vorlegen. Aber die Abstimmung vom 4. Februar stellt so gut wie sicher, daß der IAEA-Rat unabhängig davon den UN-Sicherheitsrat zu Maßnahmen gegen den Iran auffordern wird. Diese können von Sanktionen bis zu militärischen Aktionen reichen.

Nach einigem Hin und Her hat sich die iranische Führung bereiterklärt, die Verhandlungen über den russischen Vorschlag einer gemeinsamen Anreicherungsanlage fortzuführen. Von den für den 16. Februar angesetzten Verhandlungen in Moskau wird nun wesentlich abhängen, ob die Eskalation weitergeht.

Das Abendessen bei Jack Straw

Wie zahlreiche Medien berichteten, entstand der Beschluß zur Konfrontation über das iranische Atomprogramm am 30. Januar bei einem Abendessen im Londoner Haus des britischen Außenministers Jack Straw mit seinen Amtskollegen aus den USA, Frankreich, Rußland, China und Deutschland. Offenbar gab sich Straw als „Vermittler“ zwischen den „Extremen“ USA auf der einen, Rußland und China auf der anderen Seite. US-Außenministerin Condoleezza Rice forderte die sofortige Überweisung der Iranfrage an den Sicherheitsrat und Sanktionen, Rußland und China dagegen wollten, daß die IAEA bis März zuständig bleibt, während Rußland und der Iran mit Rückendeckung Beijings weiter verhandeln. Straws „Kompromiß“ war, daß der UN-Sicherheitsrat zunächst nur „informiert“ wird, aber faktisch ist die Überweisung erfolgt.

Rice erhält ihre Stichworte von ihren langjährigen Mentor, George Shultz. Shultz und der frühere CIA-Direktor James Woolsey leiten derzeit das „Komitee für die gegenwärtige Gefahr“, eine berüchtigte Frontorganisation



Der britische Außenminister Jack Straw ist ertappt: Er sorgte für die jüngste Eskalation der Irankrise.

anglo-amerikanischer Imperialisten aus der Zeit des Kalten Krieges. Das Komitee veröffentlichte am 23. Januar ein Weißbuch mit folgenden Forderungen: Regimewechsel in Teheran, sofortige Sanktionen der UNO, Embargo gegen iranische Erdölprodukte, Einberufung eines internationalen Tribunals zur Aburteilung von Chamenei und Ahmadinedschad, systematische offene und verdeckte Unterstützung für Regimegegner im Iran.

Die jüngsten iranischen Wahlen, bei denen sich Ahmadinedschad in der Stichwahl mit 61% gegen seinen Konkurrenten Rafsandschani durchsetzte, haben den Iran in das „Große Spiel“ der britischen Synarchisten hineingezogen. Wie Kenner der internen Machtkämpfe aus Teheran berichten, kalkulieren die Revolutionären Garden und Milizen hinter Ahmadinedschad, daß ein – wie sie vermuten „begrenzter“ – Militärschlag gegen den Iran ihre Macht konsolidieren würde.

Die Grundzüge der Kraftprobe zwischen Washington und Teheran standen schon im August 2005 fest. In seiner Erklärung *Guns of August* – in Anspielung auf den August 1914 – enthüllte LaRouche Cheneys Plan für einen präemptiven Angriff auf das angebliche iranische Kernwaffenprogramm. US-Militärkreise ließen dann Pläne für Luftangriffe auf den Iran – möglicherweise mit „bunkerbrechenden“ Atomwaffen – an die Öffentlichkeit durchsickern. LaRouches Intervention sorgte damals dafür, daß ein solcher Angriff während der Sitzungspause des US-Kongresses nicht stattfand. Heute betont LaRouche, die russisch-iranischen Verhandlungen am 16. Februar hätten nur eine Erfolgschance, wenn man begreift, wie das Große Spiel der Konfrontation Washington-Teheran inszeniert wird.

Jeffrey Steinberg

Was können Sie tun?

Nicht deprimieren lassen von Krise und Sozialabbau, sondern selbst aktiv werden für die große Lösung!

- Flugblätter können Sie als PDF-Dateien ausdrucken! Vervielfältigen Sie, was Sie am interessantesten finden, und verteilen Sie es bei Montagsdemos, vor Arbeitsämtern und wo es sonst sinnvoll ist. Schreiben Sie uns Ihre Erfahrungen!
- Lesen Sie im Internet unsere Wochenzeitung Neue Solidarität und verschicken Sie interessante Artikel an Freunde und Bekannte. Dank einer speziellen Funktion geht es ganz schnell.
- Teilen Sie uns mit, welche Leute aus ihrem Bekanntenkreis die Neue Solidarität vier Wochen kostenlos bekommen sollten!
- Helfen Sie, den BüSo-Wahlkampf und z.B. die nächste Aktionswoche der europäischen LaRouche-Jugendbewegung (LYM) zu finanzieren! (Spenden an die BüSo sind abzugsfähig.)
- Erkundigen Sie sich beim Ihrem BüSo-Büro nach den nächsten Veranstaltungen und bringen Sie viele Leute mit! (Telefon-Nr. auf Seite 5 in diesem Heft.)
- Setzen Sie sich mit Ihrem Bundestags- oder Landtagsabgeordnetem in Verbindung und diskutieren Sie mit ihm die Vorschläge der BüSo zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit

www.bueso.de

Jyllands-Posten & George Shultz

Karikaturenkrieg und Eskalation der Irankrise tragen beide die Handschrift der Neocons.

Am 30. Januar veranstaltete der britische Außenminister Jack Straw in seiner Londoner Residenz ein Abendessen für seine Amtskollegen aus den USA, Frankreich, Rußland und China, und unter Straws „Vermittlung“ trafen sie die Entscheidung, das iranische Nuklearproblem vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen – was einen entscheidenden Schritt weiter zu einem baldigen militärischen Vorgehen der USA gegen den Iran darstellt.

Am Morgen des 1. Februar veröffentlichten große Zeitungen in Frankreich, Deutschland, Spanien, Holland sowie die britische *BBC* äußerst provozierende Karikaturen des Propheten Mohammed. Dies löste in der islamischen Welt Proteste und gewalttätige Ausschreitungen aus. Die Karikaturen waren schon ein Vierteljahr vorher, am 30. September 2005, in der dänischen Tageszeitung *Jyllands-Posten* erschienen.

Damals hatte es über die blasphemischen Karikaturen einen Streit zwischen islamfeindlichen Medienvertretern, die sich auf die „Pressefreiheit“ in Dänemark beriefen, und der dänischen islamischen Gemeinde sowie einigen islamischen Ländern gegeben, der sich aber wieder beruhigt hatte, nachdem die dänische Regierung und *Jyllands-Posten* eine eingeschränkte Entschuldigung ausgesprochen hatten.

Doch als die Minister bei Straw verhandelten, erhielt die *Jyllands-Posten* eine telefonische Bombendrohung. Und nach der internationalen Verbreitung der Karikaturen am 1. Februar schien Dänemark das Epizentrum eines globalen „Kulturkampfes“ zu sein. In der gesamten moslemischen Welt kam es zu Massendemonstrationen, es wurden dänische Flaggen verbrannt, die Botschaften Schwedens und Dänemarks in Damaskus und das dänische Konsulat in Beirut wurden niedergebrannt. Mehrere islamische Länder boykottierten dänische Waren, was die dänische Wirtschaft hart trifft.

Damit war das passende internationale Umfeld geschaffen worden, in dem der Gouverneursrat der Internationalen



Atomenergiebehörde (IAEA) am 4. Februar entschied, das Iranproblem an den UN-Sicherheitsrat weiterzuleiten.

Am 7. Februar meldete sich Michelle Rasmussen vom Vorstand des dänischen Schiller-Instituts in der live im Internet übertragenen Sendung *Sputnik* der dänischen Tageszeitung *Politik*



Stuart Lewis

„Globalisierung“ und „Krieg der Kulturen“ haben dieselben Väter, einer davon ist George Shultz. 1971 war er maßgeblich für Nixons Aufkündigung des Weltwährungssystems von Bretton Woods; er ist der „Pate“ der Regierung von George W. Bush und Arnold Schwarzenegger in Kalifornien. Mit Shultz verbindet man nicht nur das chilenische Modell der Rentenprivatisierung, als Chef des Committee on the Present Danger leitet er auch die Kampagne gegen den Iran. Und im Karikaturenkrieg hat er offenbar auch die Hand im Spiel.

ken zu Wort und verwies auf das vom Schiller-Institut verbreitete Flugblatt mit der Überschrift „Stoppt den Kampf der Kulturen, der uns permanentes Chaos und Krieg beschert wird“.

Lyndon LaRouche hat gewarnt, die

Iran-Konfrontation sei auf beiden Seiten von britisch-synarchistischen Kreisen gesteuert, und deren wichtigster Akteur in den USA sei Ex-Außenminister George Shultz – der Mann hinter Vizepräsident Dick Cheney. Man wird gleich sehen, daß Shultz auch im Karikaturenstreit mitten drinsteckt.

Jyllands-Posten, Shultz & Daniel Pipes

Nach den Brandanschlägen auf die diplomatischen Einrichtungen seines Landes erklärte Dänemarks Außenminister Per Stig Moeller: „Es gibt Kräfte, die einen Kampf der Kulturen wollen.“ Wenn Moeller sich wirklich Sorgen um diese „Kräfte“ macht, muß er sich nicht weit umschauen.

Jyllands-Posten, die am 30. September 2005 die zwölf blasphemischen Karikaturen abdruckte, ist die wichtigste rechte Zeitung Dänemarks, dessen Eliten traditionell auf Seiten der Briten stehen und die heute mehrheitlich treue Verbündete der islamfeindlichen Neokonservativen sind.

Nach den Anschlägen des 11. September 2001 hielt sich *Jyllands-Posten* als einzige Zeitung nicht an den Appell des damaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Paul Nyrup Rasmussen, keine beleidigenden Kommentare abzudrucken, welche die Anschläge mit dem „Kampf der Kulturen“ in Zusammenhang bringen. Sie schrieb am 20. November 2001 in einem Kommentar, die Angriffe bewiesen, „daß die sensationellen Thesen, die Professor Samuel Huntington ... in seinem Buch *Kampf der Kulturen* vortrug, wahr sind“. Die „mittelalterlich verdunkelte Weltsicht“ der islamischen Welt stehe gegen die „Freiheitsideale des Westens“. *Jyllands-Posten* übernahm Huntingtons These, wegen der höheren Geburtenrate in den islamischen Ländern arbeite die Zeit für den Islam, und warnte ihre Leser, nicht den „Realisten“ auf den Leim zu gehen, die behaupten, nur eine Minderheit in der islamischen Welt seien Fundamentalisten.

Weitergehende politische Verstrickungen von *Jyllands-Posten* sieht man

auch bei der neuen Denkfabrik CEPOS (Dänisches Zentrum für politische Studien), die am 10. März 2005 mit einer Spende von einer halben Million Kronen (75 000 Euro) aus dem Jyllands-Posten-Fonds gegründet wurde. CEPOS folgt dem Vorbild der beiden „Tempel“ der Neokonservativen in Washington, *American Enterprise Institute* (AEI) und *Heritage Foundation*, sowie dem *Adam Smith Institute* und dem *Institute of Economic Affairs*, beide in London ansässig.

Und nun schließt sich der Kreis: Beiratsmitglied und Ehrenmitglied des Vorstands von CEPOS ist George P. Shultz höchstpersönlich! Shultz ist der Leiter des *Committee on the Present Danger* und einer der Architekten der Irankrise. Andere aus dem Beirat kommen vom AEI, der Chikagoer Universität und anderen anglo-amerikanischen Universitäten und „Denkfabriken“.

Der Kulturredakteur von *Jyllands-Posten*, Flemming Rose, hatte Karikaturisten dazu aufgerufen, Zeichnungen des Propheten Mohammed anzufertigen, nachdem er gehört hatte, daß ein anderer Islamgegner, der Schriftsteller Kaare Bluitgen, keine Illustratoren für ein Kinderbuch über das Leben des Propheten gewinnen konnte. Islamexperten wiesen Rose darauf hin, daß bildliche Darstellungen des Propheten im Islam traditionell verboten sind und es daher unangemessen und beleidigend wäre, sie zu veröffentlichen. Doch er setzte sich darüber hinweg und schrieb in einer Erklärung zur Angekündigung der Veröffentlichung, die Vorbehalte dagegen, sich über religiöses Empfinden lustig zu machen, seien weniger wichtig als „der gefährliche Weg der Selbstzensur“.

Im Oktober 2004 reiste Rose in die USA und interviewte in Philadelphia einen der schärfsten Islamkritiker Amerikas, Daniel Pipes. Pipes ist Direktor und Gründer des *Middle East Forum* und der Internetseite *Campus Watch*, die den Ruf hat, Akademiker, die Israel kritisieren, im Stile der McCarthy-Ära einzuschüchtern. Und Pipes ist Mitglied des *Committee of the Present Danger* von George Shultz. Nach der Rückkehr aus den USA veröffentlichte Rose ein sehr wohlwollendes Interview mit Pipes unter der Überschrift „Die Bedrohung durch den Islam“.

Als daraufhin im Internet viel über die Verbindung zwischen Rose und Pipe geschrieben wurde, erklärte Pipes sich

zum Opfer einer Verschwörungstheorie: Das Interview habe zwar stattgefunden, aber mit den Karikaturen habe er nichts zu tun.

Der Vizedirektor von CEPOS, David Gress, nannte den Konflikt zwischen dem Islam und dem Westen einen „neuen Kalten Krieg“. Wer nicht auf der Seite von *Jyllands-Posten* stehe, sei wie die „Beschwichtiger“ gegenüber der Sowjetunion, und die Kämpfer in diesem neuen „Kulturkrieg“ seien wie die „Helden“ des Kalten Krieges. Von 2001-03 war Gress „John-M.-Olin-Professor“ für die Geschichte der Zivilisation an der Universität Boston. Die Familie Olin hat über ihre Olin-Stiftung Millionen in die neokonservative Bewegung in den USA gesteckt.

Daß Dänemark unversehens zum Schauplatz eines „Kampfes der Kulturen“ wurde, löste heftige Proteste von Teilen der dänischen Elite aus. Der ehe-



Das ganz und gar „unregelmäßige“ Hörprogramm der LaRouche-Bewegung in Deutschland“ – jetzt im Internet!

www.solidaritaet.com

malige Außenminister Uffe Ellemann-Jensen nannte die Veröffentlichung der Zeichnungen einen üblen Trick und forderte den Rücktritt des Herausgebers von *Jyllands-Posten* Carsten Juste.

Ellemann-Jensen, der auch Gründungsmitglied von CEPOS ist, unterstützte die Erklärung von 22 renommierten dänischen Diplomaten mit Erfahrungen in islamischen Ländern, die die Veröffentlichung der Karikaturen verurteilten und die Regierung aufforderten, sich mit moslemischen Vertretern zu treffen, um die Krise beizulegen.

Auch die Veröffentlichung der Zeichnungen in Frankreich und anderen Ländern zeigt eine deutliche synarchistische Handschrift. So verfügt etwa die Gruppe „Reporter ohne Grenzen“, die die Veröffentlichung der Karikaturen unterstützte, über Verbindungen zu anglo-amerikanischen und französischen Geheimdiensten. In Frankreich wird „Reporter ohne Grenzen“ vom Bü-

ro des Staatspräsidenten, dem Außenministerium und großen Unternehmen finanziert. Von US-Seite erhält sie Zuwendungen vom *National Endowment for Democracy* (NED) und dem rechten „Zentrum für ein freies Kuba“. Die Gruppe arbeitet auch eng mit George W. Bushs Sondergesandtem Otto Reich zusammen, der 1983-86 Lateinamerika-Berater des damaligen Außenministers George Shultz war.

Die andere Seite: die Moslebruderschaft

Ein hochrangiger europäischer Sicherheitsexperte erklärte, die Veröffentlichung der Karikaturen in so vielen Ländern gleichzeitig sei ganz eindeutig bewußt gesteuert und habe das Ziel, in Europa eine Welle der Islamfeindlichkeit auszulösen. Aber auch die Reaktionen in Südwestasien seien manipuliert. Dabei bedienten sich die Briten ihres Einflusses insbesondere auf die Moslebruderschaft, die von Marokko aus operiert und deren Einfluß bis Pakistan reicht. In den Medien werde das Ausmaß der gewalttätigen Ausschreitungen in den islamischen Ländern übertrieben. So seien an der Niederbrennung des dänischen Konsulats in Beirut nur etwa 200 Personen beteiligt gewesen, die offensichtlich dazu „beauftragt“ waren.

Syrien spiele ein gefährliches Spiel, wenn die Regierung meine, sie könne auf der Straße Unterstützung gewinnen, wenn sie sich selbst an die Spitze der Proteste stellt, bevor die Moslebruderschaft die Krise für eine Destabilisierung nutzt. Auch der Iran riskiere viel. Er brach die Handelsbeziehungen mit Dänemark ab, und die Europäische Union drohte ihrerseits mit Wirtschaftssanktionen.

Auch im Gazastreifen spielten die Proteste denjenigen in die Hände, die vor dem Hintergrund des Hamas-Wahlsieges Unruhen schüren wollen; zumal verschiedene palästinensische Fraktionen gerade zusammen mit der ägyptischen Regierung darauf hinarbeiten, eine Regierung zu bilden, die nicht von der finanziellen Unterstützung der EU abgeschnitten würde.

Michelle Rasmussen,
Tom Gillesberg,
Dean Andromidas

Aus: *Neue Solidarität* Nr. 7/2006
(www.solidaritaet.com)

Wie man Kapital für einen Aufschwung schafft

LYNDON LAROUCHE über „Die Grundlagen eines staatlichen Kapitalhaushalts“ für produktive öffentliche Investitionen

1. Die Grundlage eines staatlichen Kapitalhaushalts

Wie ich in früheren Veröffentlichungen wie *Wernadskij und das Dirichlet-Prinzip* und *Das Prinzip der „Kraft“* dargelegt habe, gründet eine kompetente Wirtschaftswissenschaft den Begriff wirtschaftlichen Wertes, mit dem sie arbeitet, nicht auf das Geld an sich, sondern auf die naturwissenschaftlichen Prinzipien von Gottfried Wilhelm Leibniz' physischer Wirtschaftswissenschaft. Wenn ich mich in dieser Weise auf die Prinzipien der physischen Wirtschaft statt auf monetaristischen „Freihandel“ verlasse, zeigt das den grundlegenden Unterschied zwischen dem überlegenen Amerikanischen System der politischen Ökonomie und den unterlegenen europäischen Währungssystemen; diese beruhen heute noch auf der anglo-holländischen liberalen Tradition des 18. Jahrhunderts, daß private Zentralbanken – wie die Bank von England, oder, noch schlimmer, die Europäische Zentralbank – die Wirtschaftspolitik der Regierungen regeln. Die Tollheiten der amerikanischen Federal Reserve, insbesondere seit den verheerenden Veränderungen von 1971-81, spiegeln nur den fremden Einfluß des britischen Systems wider.

Die Währungssysteme, die heute mit den europäischen Zentralbanken verbunden sind, sind Auswüchse des mittelalterlichen europäischen Imperialismus – d.h. des *ultramontanen* Systems des Finanzimperialismus, wo venezianischer Wucher zusammen mit der Brachialgewalt der normannischen Ritter herrschte. Die neuzeitliche Variante dieses feudalen Systems – die sog. „neuvezianische“ Tradition der Fraktion von Paolo Sarpi – bildete die Grundlage des anglo-holländischen liberalen Finanzimperialismus, der im 17. Jahrhundert emporkam und mit dem Pariser Vertrag von 1763 zur vorherrschenden Macht auf der Erde wurde; der Vertrag machte Lord Shelburnes Britische Ostindiengesellschaft zu dieser Weltmacht. Die Amerikanische Revolution



Der amerikanische Ökonom Lyndon LaRouche (hier in Diskussion mit amerikanischen Jugendlichen der LYM) ist ein entscheidender Ideengeber und Schrittmacher der demokratischen Opposition gegen das Regime Bush-Cheney in den USA.

wurde ausgelöst, als die Bevölkerung in den englischen Kolonien Nordamerikas unter Benjamin Franklins Führung ihre wirtschaftlichen Rechte gegen Londons Bestreben, die Wirtschaft und die früheren Freiheiten der Kolonisten zu zerstören, verteidigte. Dieser entscheidende grundsätzliche Unterschied ist bis heute geblieben.

Weil Lord Shelburne und seine Genossen von der Britischen Ostindiengesellschaft von 1782-1814 die Französische Revolution in Szene setzten, war unsere neugegründete amerikanische Republik ab dem Sommer 1789 von ihren wichtigsten europäischen Verbündeten abgeschnitten. Eine der Folgen dieser relativen Isolierung war, daß die wirtschaftliche Rolle der Vereinigten Staaten in Welthandel und Weltfinanzen bis 1931 mehr oder weniger stark dem beherrschenden Einfluß der imperialen Bank von England und ihres Goldstandards unterlag. In dem Zeitraum von 1763-1931 konzentrierte sich diese mit der Londoner City verbundene Weltmacht immer weniger im Vereinigten Königreich an sich als in einem multinationalen Syndikat privater Bankiers, die als Partner wie auch als Konkurrenten mit der Bank von England zusam-

menhängen. Der wichtigste Konkurrent und Partner der Bank von England auf dem Kontinent saß vor allem in Paris – eine schleimpilzähnliche Ansammlung privater Bankiers venezianischer Prägung, die wir heute mit der Bezeichnung Synarchistische Internationale verbinden; sie war der wichtigste Koordinator der faschistischen europäischen Regierungen von 1922-1945.

Später, mit der Konterrevolution gegen unser Amerikanisches System, die synarchistische Finanzkreise während der Amtszeiten der Präsidenten Nixon und Carter ausführten, gewann in der amerikanischen Wirtschaft wieder ein anti-amerikanisches, europäisch-monetaristisches ausgerichtetes Weltfinanzsystem das Sagen. Diese im Grunde landesverräterische Unterordnung unter Währungseinrichtungen und andere pro-faschistische (sprich: synarchistische) Institutionen europäischer Prägung hat den heutigen Ruin der amerikanischen Volkswirtschaft zwar nicht direkt verursacht, hat ihn aber möglich gemacht.

So war zum Beispiel das System des „fairen Handels“, das in den 50er und frühen 60er Jahren in den USA noch als Maßstab intelligenten Managements

galt, ein brauchbarer, wenn auch höchst unvollkommener Ausdruck des Amerikanischen Systems der politischen Ökonomie. Die bewußte protektionistische Politik unserer Regierung in den internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen war ein unverzichtbarer Bestandteil der Politik des „fairen Handels“ zum Schutz von Landwirten und anderen Unternehmern sowie der Bundesstaaten und Kommunen, zu denen diese Unternehmer und ihre Mitarbeiter gehörten.

Unter allen Präsidenten seit Nixon prägt das traditionell wucherische und unausgesprochen anti-amerikanische, anglo-holländisch-liberale „Freihandelssystem“ in einer zunehmend radikaleren, pro-synarchistischen Form die Ausrichtung unserer nationalen und internationalen Politik. Die Auswirkungen der bewußten Zerstörung des Bretton-Woods-Systems durch die Regierung Nixon haben die Weltwirtschaft ruiniert. Anschließend setzte die „Brzezinski-Regierung“ 1977-81 unmittelbar die Zerstörung der Binnenwirtschaft in Gang. Man schützte die unverzichtbaren Realkapital-Investitionen von Farmern und Mittelstand nicht mehr vor den Auswirkungen eines erzwungenen Wettbewerbs mit Sklavenarbeit, insbesondere erzwungener sklavenähnlicher Arbeit der Bevölkerungsmehrheit in den Ländern, mit denen wir Handel trieben.

Wie Henry C. Carey, einer der seinerzeit weltweit führenden Wirtschaftswissenschaftler, nachwies, hat die Freihandelspolitik, die die Briten in der Zeit nach 1815 vor allem über Londons Verbindungen in die New Yorker Banken durchsetzten, es erst ermöglicht, daß das britische Empire den Sklavenhandel und dann den Bürgerkrieg in den USA schüren konnte. Unsere Wirtschaft erlebte unter Präsident Lincoln ein explosives Wachstum, weil wir das System der Sklaverei, das in den vorangegangenen Jahrzehnten die Leistung unserer Wirtschaft zugrunde gerichtet hatte, in den USA abschafften. Die Abschaffung der Sklaverei und Einführung protektionistischer Maßnahmen, wie sie eigentlich unserer Verfassungsordnung entsprechen, ermöglichte ein Wachstum, das zur Folge hatte, daß man in Japan und in wichtigen Nationen Kontinentaleuropas wesentliche Bestandteile unseres überlegenen Amerikanischen Systems übernahm.

Aber wie unsere Verfassung vorschreibt, liegt unter dem Amerikani-

schon System der politischen Ökonomie, das wir in Opposition zu den damals existierenden europäischen Systemen einführten, die einzig rechtmäßige Befugnis zur Ausgabe von Geld bei der amerikanischen Bundesregierung. Diese Besonderheit der Geldpolitik in unserem Regierungssystem geht als praktische Tradition auf die Massachusetts-Bay-Kolonie und auf die Vorschriften von Staatsmännern wie Cotton Mather und seinem Anhänger Benjamin Franklin zur Schaffung einer Papierwährung zurück.

Unter unserer Verfassungsordnung – wenn man ihr denn folgt – ist Geld eine Form des Kredits, die man nicht als Wertmaßstab an sich annimmt, sondern als Mittel des Umlaufs, etwa im Handel, einsetzt. Regelsysteme der Regierung wie Zölle und andere Regulierungen des Handels, der Einsatz von Staatskredit und die Besteuerung selbst sorgen unter unserer Verfassung für eine solide Regierung. Mit den verfügbaren Mitteln zur Regulierung wird der angesetzte Wert der im Umlauf befindlichen Güter innerhalb einer Bandbreite preislicher Schwankungen gehalten, die mit verhältnismäßig stabilen Werten für Handel und langfristige Investitionen im Einklang steht.

In unserer Geschichte erzielten wir die besten Wachstumsraten – beson-

ders zur Erholung aus Phasen wirtschaftlicher Rezession –, wenn die Bundesregierung ihre Befugnis zur Schaffung langfristigen Kredits einsetzte, so wie dies beispielsweise Präsident Franklin Roosevelt tat. Damit wurde eine langfristige produktive Kapitalbildung im staatlichen wie im privaten Sektor in Gang gesetzt. Das beruhte maßgeblich darauf, daß die Bundesregierung als Monopol das Recht hatte, gezielt langfristige Staatsschulden in Sicherheiten zu verwandeln, wie sie entsprechende langfristige produktive Vermögenswerte von Bundesstaaten und Privatunternehmern liefern. Das hat uns gestattet, die notwendige Welle an Kapitalbildung zu erzeugen, mit der wirtschaftliche Depressionsbedingungen, wie sie heute in den USA vorherrschen, überwunden werden können.

Der entscheidende Unterschied besteht darin, daß im Amerikanischen System physische Werte primär sind, während der daraus abgeleitete Wert, wie man ihn mit der Verwendung von Geld als Umlaufmittel im Handelsverkehr verbindet, durch regulatorische Maßnahmen geregelt wird. Das Amerikanische System der politischen Ökonomie ist trotz allem der einzig vernünftige existierende Standard, wie man eine Realwirtschaft erfolgreich langfristig aufbaut und leitet – von damals ange-

BüSo fordert sächsische Investitionsoffensive

Infrastruktur jährliche Invest. in Mrd. Euro

Transrapid-Netz	3,0
Übrige Verkehrsinfrastruktur	2,0
Kommunale Infrastruktur	5,0
Gesamt	10,00

Finanzierung:

(in Mrd. Euro)	
Reduzierte Kosten der Arbeitslosigkeit	5,0
Zinslose Notenbankkredite	5,0
Gesamt	10,0

Private Investitionen:

Zusätzlich 10 Mrd. Euro pro Jahr, mobilisiert durch

- 1.) die öffentlichen Infrastrukturinvestitionen,
- 2.) durch massive Ausweitung der Investitionsförderung und
- 3.) durch zinsgünstige Notenbankkredite in Einzelfällen.

Ergebnis:

Insgesamt 20 Mrd. Euro an zusätzlichen Investitionen.
500 000 neue Arbeitsplätze in Sachsen = Vollbeschäftigung.
Überwindung des Infrastrukturrückstandes.
Reindustrialisierung durch vorrangige Förderung des industriellen Mittelstands.

Deutliche Anhebung der Produktivität der sächsischen Wirtschaft.



fangen bis heute. Der Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegszeit in Europa, besonders der beispielhafte Erfolg der Erholung der deutschen Nachkriegswirtschaft unter dem Bretton-Woods-System in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Krieg, ist typisch für dieses Prinzip des Amerikanischen Systems. Ohne die Wiederbelebung dieser bewährten Prinzipien des Amerikanischen Systems der politischen Ökonomie gibt es keine Möglichkeit, dem allgemeinen Wirtschaftszusammenbruch, von dem die Erde jetzt bedroht ist, zu entkommen.

Unter diesem Amerikanischen System wird der Wert des Geldes so reguliert, daß es in der Praxis seines Umlaufs nicht irgendeinem nominellen Geldwert, sondern der Wirklichkeit relativer physischer Werte entspricht. Ein so bestimmter Wert mißt sich als realer Wert pro Kopf und pro Quadratkilometer, bezogen auf die Gesamtfläche einer Nation bzw. der ganzen Erde. Um dazu beizutragen, ist ein stabiles Währungssystem vonnöten, bzw. ein Verbund souveräner nationaler Währungssysteme, in denen der Wert, der dem Geld zuzuordnen ist, so stabilisiert wird, daß er mit den Erfordernissen des langfristigen Trends für *entsprechende physische* Werte annähernd übereinstimmt.

Ich benutze den Begriff „physischer Wert“ nicht in dem derzeit gängigen groben Sinne der Reduktionisten. Ich meine damit, daß der einzig sachgemäße Maßstab für Wert der ist, den man als *physische Wirkung* mißt, die entsteht, wenn durch die Anwendung vom Menschen entdeckter, relativ höherer Prinzipien physischer Kraft die menschlichen Lebensbedingungen und Arbeitsmethoden verbessert werden. Diese Wirkung mißt man durch die Berechnung des *Anstiegs der potentiellen relativen Bevölkerungsdichte der Volkswirtschaft*. Dieses Potential muß man, wie Leibniz es tat, als dynamisches Ganzes messen, nicht in der wissenschaftlich untauglichen Art der Cartesianer.

Man betrachte die Herausforderung, vor der die praktisch finanziell bankrotten Volkswirtschaften der USA und Europas heute stehen, in diesem Licht. Dann stelle man sich die Frage: *Wie erstellt und erhält man auf kompetente Weise einen staatlichen Kapitalhaushalt – im Gegensatz zu einem albernen Gemansche, das kurz- und langfristige Bilanzen unterschiedslos in einem einzigen Haushalt bunt zusammenwürfelt?*

Ein Haushalt, wie man ihn in Amerika von Bush senior und junior her kennt, dessen Resultat nahelegt, daß er aus unausgeglichene Köpfen stammt, darf es nicht sein!

Langfristige Kapitalinvestitionen

Etwa die Hälfte des Jahresprodukts einer gesunden Volkswirtschaft sollte in Kapitalinvestitionen und verwandten Ausgaben für Schaffung und Erhalt langfristiger physischer Verbesserungen in dem – im weiteren Sinne – öffentlichen Sektor der Gesamtwirtschaft aufgehen. Im Amerikanischen System der politischen Ökonomie finden diese Investitionen in den öffentlichen Sektor in Arbeitsteilung zwischen Bundes-, Landes-, Bezirksregierungen und Kommunen statt. Obwohl einige dieser öffentlichen Ausgaben durch private Beteiligungen laufen oder in sie übergehen – z.B. in Form von Anleihen eines regulierten öffentlichen Versorgungsbetriebs –, liegt die Verantwortung für die öffentliche Infrastruktur als Ganzes bei unserem System konstitutioneller Regierung, so wie unser erster Finanzminister Alexander Hamilton diese Absicht für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft insbesondere in seinem Bericht an den Kongreß *Über die Manufakturen* von 1791 dargelegt hat.

Ein einfacher Jahreshaushalt der Regierung kann diesem Bereich der Gesamtwirtschaft nicht gerecht werden. Typisch für die wesentlichste Art von Investitionen in einer Wirtschaft heute ist die Vorstellung der Zeitspanne eines Vierteljahrhunderts von der Empfängnis eines neuen Menschen bis zu seiner Erwachsenenreife als Universitätsabsolvent mit Fachausbildung. Für die meisten großen öffentlichen Investitionen dieser unverzichtbaren langfristigen Art ist ein Zeitraum von einem viertel bis halben Jahrhundert physischer „Lebensdauer“, also über zwei Generationen, typisch.

Investitionshaushalte kompetenter Regierungen müssen also genau wie die gut geführter privater Unternehmen von der entscheidenden Kategorie der langfristigen Ausgaben für Anschaffung und Erhalt solcher wesentlichen physischen Investitionen geprägt sein.

Daher beruht unser Amerikanisches System der politischen Ökonomie, anders als die in Europa noch vorherrschenden Systeme, laut unserer Verfassung nicht auf einem System einer sog. „unabhängigen Zentralbank“, das ein

bloßes Geldsystem darstellt; unsere Verfassung fordert vielmehr ein Monopol der Bundesregierung auf staatliche Kreditschöpfung und die Steuerung eines Systems von Nationalkredit. Wenn unser verfassungsmäßiges System des Nationalkredits wirksam geschützt wird, setzt die Bundesregierung Geld in Form von Kredit in Umlauf, um das Niveau nützlicher Beschäftigung zu halten, u.a. indem sie lebenswichtiges Investivkapital in Form von Kredit für die grundlegende wirtschaftliche Infrastruktur bereitstellt. Kenner unseres Amerikanischen Systems werden heute darauf bestehen, einen großen Teil des jährlichen Anlage staatlichen Kredits in die nützliche Entwicklung langfristiger Verbesserungen grundlegender wirtschaftlicher Infrastruktur und ähnliche Investitionen geeigneter Privatunternehmen zu lenken.

Das wichtigste wirtschaftliche Element des Amerikanischen Systems ist also die Rolle des Staatskredits, der Investitionen in Entwicklung und Erhalt wesentlicher öffentlicher Bereiche der grundlegenden nationalen wirtschaftlichen Infrastruktur fördert und gleichzeitig langfristige Investitionen in private unternehmerische Aktivitäten, die im allgemeinen Interesse liegen, unterstützt. Diese Handlungsweise beruht auf dem grundlegenden Verfassungsprinzip unseres Regierungssystems, demzufolge die Schaffung und Ausgabe gültiger Währung ein Monopol der Bundesregierung ist. Das trifft auch dann zu, wenn wie während Roosevelts Präsidentschaft Instrumente wie die Reconstruction Finance Corporation (RFC) dafür eingesetzt wurden. Franklin Roosevelts Regierung und die verwandten Wissenschaftsmotor-Programme der „Nach-Sputnik-Ära“ unter Eisenhower und Kennedys Projekt der bemannten Mondlandung sind beispielhaft.

Der größte Teil dieser verschiedenen staatlichen und privaten Kapitalinvestitionen hat eine lange Laufzeit von bis zu einem Vierteljahrhundert und länger. Die Schöpfung von in Währung ausgegebenem Staatskredit stellt also eine Verschuldung dar, von der wie gesagt ein großer Teil langfristig ist. Solange diese finanziellen Verpflichtungen nicht auf einen Zeitpunkt nach der nutzbringenden physischen Lebensdauer der Kapitalinvestition aufgeschoben werden, wird diese Schuld wahrscheinlich ihren Wert und Nutzen behalten. *Deshalb wäre und ist es praktisch idiotisch, so zu tun, als sei eine solche staatliche*



Kulturen, die auf wissenschaftlich-technischen Fortschritt verzichten zu können glauben, sind zum Untergang verurteilt. Nur eine hochentwickelte Energieerzeugung hoher Dichte, ein innovativer Maschinenbau und zukunftssträchtige Projekte wie die Raumfahrt können in einer Gesellschaft die nötige „freie Energie“ und den erforderlichen „Nettogewinn“ erzeugen, die die Menschheit für ihr Überleben und ihre Weiterentwicklung benötigt.

Kreditschöpfung die Ursache eines un- ausgeglichenen laufenden Staatshaushaltes. Das gegenwärtige europäische Währungssystem führt uns im Extrem vor Augen, wie närrisch es ist, langfristige Kapitalinvestitionen genauso zu behandeln wie laufende Kosten. Wenn der gesamtwirtschaftliche Ausstoß unter dem Niveau liegt, das die Nation braucht, ist es tatsächlich verantwortungslos und grenzt an Wahnsinn, langfristige Kapitalinvestitionen wie kurzfristige Verpflichtungen zu behandeln, wie wir es unter dem fehlgeleiteten Präsidenten George W. Bush jun. meistens getan haben. Entsprechend sahen die bisherigen Resultate seiner Regierung aus, mit schmerzhaftesten Folgen für die ganze Nation. Die USA haben unter Bush in extremer Weise unbezahlte Zahlungsbilanzverpflichtungen gegenüber dem Ausland zur Finanzierung einer langfristigen Verschuldung des laufenden Staatshaushalts benutzt, während gleichzeitig praktisch alle langfristigen produktiven Kapitalinvestitionen in den USA selbst abgewürgt wurden.

Gegenwärtig arbeiten alle Volkswirtschaften in Nordamerika und Europa realwirtschaftlich weit unterhalb der Gewinnschwelle. Unsere privaten Bankensysteme sind im allgemeinen völlig bankrott. Nur die Schaffung von angemessen eingesetztem, langfristigen Staatskredit kann uns noch vor einer großen, weltweiten finanziellen und wirtschaftlichen Katastrophe bewahren. Ansonsten haben die Bedingungen, die seit dem US-Börsenkrach im Oktober 1987 durch immer wahnwitzigere Methoden der „John Law“-Tradition reiner Spielschulden in Form der sog. Finanzderivate geschaffen wurden, zusammen mit der zunehmenden Globalisierung mittlerweile dazu geführt,

daß die Lage für einen weltweiten kettenreaktionsartigen Zusammenbruch reif ist, dessen Auswirkungen dem Finsternen Zeitalter im Europa des 14. Jahrhunderts vergleichbar wären.

Daher müssen wir gängige Vorstellungen wie den „ausgeglichenen Staatshaushalt“ entweder als Ausgeburt un- ausgeglichener Gehirne behandeln oder als wohlbedachtes Vorgehen von Feinden, die uns bewegen wollen, unseren eigenen Untergang herbeizuführen.

Es ist höchste Zeit, mit monetaristischen Dogmen wie dem Aberglauben an „Freihandel“ und „Globalisierung“ aufzuhören.

Schluß mit dem „Flohmarkt“!

Joan Robinson hat sich einmal über den albernen Professor Milton Friedman lustig gemacht mit der treffenden Bemerkung, er sei der Ökonom des Aberglaubens *post hoc, ergo propter hoc*. Der armselige Geist Friedman bekannte sich des öfteren als Anhänger des groben Plagiators von Bernard Mandeville, Adam Smith, jenes Smith, der auch ohne den geringsten Rest von Ehrgefühl genauso frech bei den Physiokraten Dr. François Quesnay und A.R.J. Turgot abschrieb. Die Tatsache, daß Quesnay und Turgot selbst Schurken waren, verbessert das Urteil über den verlogenen Piraten Smith, diesen sog. Professor der Moralphilosophie, auch nicht gerade. Friedman bekannte sich auch als Anhänger der Sekte des berüchtigten Bernard Mandeville, des Familiengötzen der heutigen Anhänger der Mont-Pèlerin-Gesellschaft. So hat Friedman behauptet, das Gemeinwohl erfordere es, privaten Lastern wie Prostitution, illegalem Drogenhandel und Glücksspiel völlige Freiheit einzuräumen – genauso wie es Mandeville forderte.

Es mag Friedmans begrenzt entwickelte geistige Fähigkeiten übersteigen, zu erkennen, daß das eigentliche System, dem er folgt, von einem anderen, wahrhaft diabolischen Schurken mit ganz eigenen kriminellen Fähigkeiten herrührt: dem einstigen Leiter des „Geheimkomitees“ im britischen Außenministerium, Jeremy Bentham, der viele Übel in die Welt setzte – so die Rechtfertigung des Wuchers und das utilitaristische Dogma, das bei den heute üblichen, verdorbenen und inkompetenten wirtschaftswissenschaftlichen Lehren, die man Leichtgläubigen an den Universitäten beibringt, vorherrscht.

Wer über diese Fragen wissenschaftlich nachdenken kann, der findet in der Wirtschaftsgeschichte immer wieder den Beweis, daß es im freien Geldumlauf kein Prinzip gibt, das für irgendetwas einen angemessenen relativen Preis angeben kann. Wie die führenden Köpfe der Haileybury-Schule Karl Marx beibrachten, rühren Zyklen von „Auf- und Abschwung“ – allerdings nicht in Zehnjahres-Intervallen – daher, daß Preis und realwirtschaftlicher Wert langfristig nicht übereinstimmen. Es hat sich immer erwiesen, daß Regierungen sich auf allerlei Regulierungen im Außen- und Binnenhandel verlassen müssen, um zu verhindern, daß ziemlich anarchistische Bewegungen von Preis und Kredit zu einem neuen zyklischen Ausbruch von Wirtschaftskatastrophen führten. Zu den Aufgaben der Regulierung gehört es, nützliche langfristige Kapitalbildung und Investitionen in die Entdeckung gültiger Naturprinzipien vor den Verwüstungen einer spekulativen „Freihandels“-Marktwirtschaft zu schützen. Früher nannte man diese Politik des Protektionismus „fairen Handel“, im Gegensatz zu einem immer ruinösen System von „Freihandel“. Statt vom „freien

Markt“ sollte man besser vom „Flohmarkt“ reden, auf dem heute sogar Schrott vertrieben wird, den manche frech „moderne Kunst“ nennen.

Mit dem unter Präsident Franklin Roosevelt begonnenen Regulierungssystem, das bis 1971-72 beibehalten wurde, ließen sich krisenhafte Bewegungen unter Kontrolle bringen, so daß eine Depression der Volkswirtschaft verhindert werden konnte. In dem Augenblick, als unsere törichten Regierungen ab 1969-72 diese Regulierungsmechanismen aufhoben, begann eine Folge unheilvoller Krisen wie die vom Oktober 1987, eine Art Wiederholung der Hoover-Depression von 1929. Nach dem Oktober 1987 fügte man dem Repertoire neue Methoden hinzu, aber diese bewirkten nur, daß wir die Gefahr eines Hoover-artigen Einbruchs, wie sie 1987 bestand, inzwischen gegen die Gefahr einer allgemeinen Zusammenbruchskrise in der Größenordnung eines Finsternen Zeitalters wie in Europa in der Mitte des 14. Jahrhunderts eingetauscht haben. Gäbe es nicht immer noch die Option, das System von Freihandel und Globalisierung abzuschaffen, wäre damit in kurzer Zeit das Schicksal der weltweiten Zivilisation besiegelt. Doch angemessene regulierende Maßnahmen in der Art des Amerikanischen Systems können selbst zu diesem fortgeschrittenen Zeitpunkt der Welt noch einen Ausweg aus der lauernenden Katastrophe liefern.

Wenn man über Prinzipien des Regierens spricht, sollte man in einem Atemzug über zwei Dinge gleichzeitig reden. Einerseits geht es um Prinzipien mit der Assoziation universeller wissenschaftlicher Prinzipien; gleichzeitig meinen wir damit auch prinzipielle Entscheidungen von Regierungen – eine Politik als Annäherung an wissenschaftsartige Prinzipien, die unter den gegebenen Bedingungen politisch erreichbar sind. Präsident Franklin Roosevelts Reformen, die uns vor den ruinösen Auswirkungen der Regierungen Coolidge und Hoover retteten, waren solche Annäherungen, wie sein Vorgehen mit der Reconstruction Finance Corporation (RFC) zeigt. Wenn man sich für eine Annäherung entscheiden muß, besteht die Gefahr darin, daß Regierungen die eigentlichen Prinzipien, deren Wirkungen sie sich annähern wollen, oft aus den Augen verlieren. So führte etwa der sophistische Niedergang Athen in den selbstverschuldeten Ruin des Peloponnesi-

schen Kriegs. Und auch wir haben die vergleichbaren Folgen einer prinzipienlosen Diktatur des Sophismus in Form der Existentialisten des „Kongresses für Kulturelle Freiheit“ mit ihrem Haß auf die Wahrheit erfahren: etwa den langen Krieg der USA in Indochina und die Zerstörung der amerikanischen Wirtschaft unter dem Diktat der radikalen Sophistereien der Regierung Nixon und dem Regime von Zbigniew Brzezinski's Trilateraler Kommission 1977-81.

Um noch einmal einen bereits erwähnten Punkt zu betonen: Einer der schlimmsten Flüche, den die Vereinigten Staaten ihrer Volkswirtschaft in den letzten Jahrzehnten auferlegt haben, war der Versuch, die Regierungsbefugnis zur Kreditschöpfung in das Prokrustesbett eines jährlichen „ausgeglichenen Regierungshaushalts“ zu zwingen. Dieser Sophismus des „ausgeglichenen Haushalts“ hatte in Verbindung mit den Auswirkungen eines Systems freier Wechselkurse eine vergleichbare Wirkung auf die amerikanische Volkswirtschaft wie Attila und Dschingis Khan, als sie bedeutende Teile Europas überannten.

Die Welt befindet sich gegenwärtig in einem Zustand, in dem das heutige Weltfinanzsystem mehr als bankrott ist und die Regierung Bush junior so tut, als errichte sie ein Weltreich, während sie in Wirklichkeit nichts anders tut als sich selbst eine tiefe Grube zu graben. Wie den imperialen Belsazar muß man die Dummheit der Bush-Regierung an ihrer „Schmittlerianischen“ Überheblichkeit bemessen. (Carl Schmitt, der „Kronjurist“ der Nazis, war der Autor der Politik, unter der Hitler diktatorische Vollmachten erhielt, nachdem Hermann Göring den Reichstag angezündet hatte. Dieses „Führerprinzip“ ist derzeit auch die erklärte Politik der Federalist Society, von Präsident Bush und Vizepräsident Cheney).

Diese Regierung Bush hat die Vereinigten Staaten in einem Grade ruiniert, daß unserer Volkswirtschaft bald nicht nur in eine tiefe Depression, sondern ein Systemzusammenbruch bevorsteht, wenn wir nicht mehr oder weniger augenblicklich den Kurs in der Wirtschafts- und Finanzpolitik wechseln. Die Gefahr eines plötzlichen Platzens der hypothekengestützten Wertpapierblasen in den USA, Großbritannien und anderswo ist nur ein typisches Beispiel dafür, daß die Sprengkraft im gesamten von Finanzderivaten verseuchten Wäh-

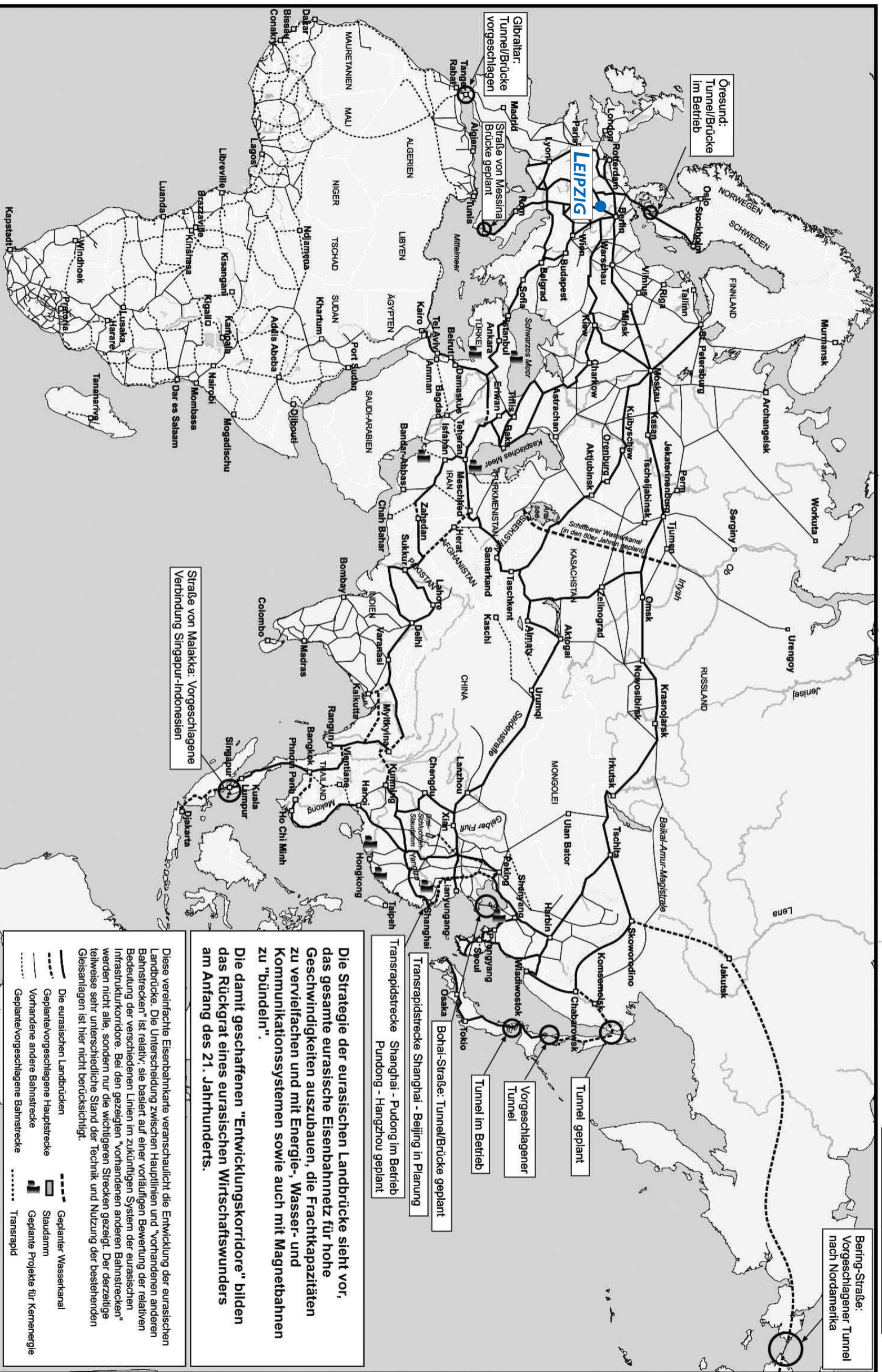
rungs- und Finanzsystem inzwischen schon „Wasserstoffbomben“ entspricht.

Die in sich hyperinflationäre Welle, die sich in dem gegenwärtig weltweit beherrschenden Einfluß der spekulativen Finanzderivate ausdrückt, bedeutet, daß das augenblickliche Weltfinanzsystem am Rande der Selbstausslöschung hockt, wenn wir jetzt nicht entschieden handeln, das Wirtschaftssystem in den USA einer radikalen Reorganisation unterziehen und zu der Tradition zurückkehren, öffentlichen Kredit für erfolgreiche Programme zur Schaffung wirtschaftlichen Wohlstandes in den Mittelpunkt zu stellen, so wie 1933, 1958 und 1961-63 unter den Regierungen Roosevelt, Eisenhower und Kennedy.

Leider sind gegenwärtig unter den maßgeblichen Nationen der Welt nur die Vereinigten Staaten in der Lage, die dringend benötigte Reform ihres eigenen und des internationalen Währungssystems zu beginnen. Unser besonderer Vorteil ist dabei ein Erbe, das historisch von unserer 1787-89 geschaffenen, einzigartigen Verfassungsordnung bestimmt ist – ganz besonders, daß die Verfassung das, was heute leider immer noch der vorherrschende europäische Stil von Zentralbanken und verwandter Politik ist, ausdrücklich zurückweist. Deshalb müssen wir die Gelegenheit, die sich mit dem Bankrott unseres heutigen Federal-Reserve-System bietet, nicht nur dazu nutzen, uns selbst vor dem Chaos zu retten – wir müssen auch den Bedarf an damit einhergehenden Reformen unter den führenden Nationen der amerikanischen Hemisphäre und Eurasiens decken. Unsere Verfassung liefert uns ausdrücklich die Möglichkeit, eine solche, dringend notwendige weltweite Wirtschaftsreform herbeizuführen – aber daß wir diese Vorgaben unserer Verfassung auch in die Wirklichkeit umsetzen können, beruht darauf, daß dieses Verfassungsprinzip, wenn auch zugegebenermaßen gegenwärtig unbeachtet, wie ein schlummernder Vulkan mitten in der lebendig wirkenden Geschichte der Nation sitzt. Meine Aufgabe besteht hier u.a. darin, den Bürgern Amerikas diese Kräfte, die unserem nationalen Erbe innewohnen, wieder ins Bewußtsein zu rufen.

Der Text stammt aus einer längeren Schrift von Lyndon LaRouche, „Defizite als Kapitalgewinne: Wie man Kapital für einen Aufschwung schafft“, die demnächst in der Wochenzeitung Neue Solidarität erscheinen wird.

Die Eurasische Landbrücke mit Leipzig als Knotenpunkt



Bering-Strasse:
Vorgeschlagener Tunnel
nach Nordamerika

0 1000 2000 km

Transrapidstrecke Shanghai - Pudong im Betrieb
Pundong - Hangzhou geplant

Transrapidstrecke Shanghai - Beijing in Planung

Bohai-Strasse: Tunnel/Brücke geplant

Tunnel geplant

Vorgeschlagener Tunnel

Tunnel im Betrieb

Die Strategie der eurasischen Landbrücke sieht vor, das gesamte eurasische Eisenbahnnetz für hohe Geschwindigkeiten auszubauen, die Frachtkapazitäten zu vervielfachen und mit Energie-, Wasser- und Kommunikationssystemen sowie auch mit Magnetbahnen zu "bündeln".

Die damit geschaffenen "Entwicklungskorridore" bilden das Rückgrat eines eurasischen Wirtschaftswunders am Anfang des 21. Jahrhunderts.

Diese vereinfachte Eisenbahnkarte veranschaulicht die Entwicklung der eurasischen Landbrücke. Die Unterscheidung zwischen Hauptlinien und "vorhandenen anderen Bahnstrecken" ist relativ; sie basiert auf einer vorläufigen Bewertung der relativen Bedeutung der verschiedenen Linien im zukünftigen System der eurasischen Infrastrukturkorridore. Bei den gezeigten "vorhandenen anderen Bahnstrecken" werden nicht alle, sondern nur die wichtigeren Strecken gezeigt. Der derzeitige teilweise sehr unterschiedliche Stand der Technik und Nutzung der bestehenden Gleisanlagen ist hier nicht berücksichtigt.

- Geplanter Wasserkanal
- Geplante/vorgeschlagene Hauptstrecke
- Vorhandene andere Bahnstrecke
- Geplante/vorgeschlagene Bahnstrecke
- Staudamm
- Geplante Projekte für Kernenergie
- Transrapid